

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	12
Literaturverzeichnis	17
Vorwort	23

§ 1: Bestandsaufnahme

I.	Das Recht auf Schulung und Fortbildung im BetrVG 1952 ...	25
1.	Die Rechtsprechung des BAG	25
2.	Die Stellungnahmen der Wissenschaft	27
3.	Einwände	28
II.	Die Bemühungen um eine gesetzliche Reform	31
1.	Reformvorschläge zwischen 1966 und 1969	31
2.	Vorarbeiten zum BetrVG 1972	32
III.	Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum früheren Recht ...	35
1.	Systematische Stellung der Vorschriften und grundsätzliche Haltung des Gesetzgebers zur früheren BAG-Rechtsprechung	35
2.	Die parlamentarischen Vorarbeiten zu § 37 BetrVG 1972 ...	37
3.	Mängel des BetrVG 1952 und Intention des BetrVG 1972	38
IV.	Anwendungsprobleme und Auslegungskontroversen seit Inkrafttreten des BetrVG 1972	39
1.	Der Streit um die Kostenfrage	39
2.	Die Problematik der »erforderlichen« Kenntnisse nach § 37 Abs. 6 BetrVG	44
3.	Zur Auslegung des § 37 Abs. 7 BetrVG	53
V.	Reformbemühungen um das BetrVG in den 80er Jahren.	57
1.	Die durchgesetzten Änderungen der CDU/CSU/FDP-Koalition	58
2.	Die Reformvorschläge der Opposition	58

§ 2: Die Zielsetzung des § 37 Abs. 6 und 7 BetrVG: Herstellung intellektueller Waffengleichheit

I.	Skizzierung und Herleitung des Prinzips intellektueller Waffengleichheit	61
1.	Das spezielle Anliegen des BetrVG 1972: Implementation statt Programm.....	61
2.	Effektivierung der Beteiligungsrechte	63
3.	Begründung aus dem BetrVG selbst	64
4.	Konfliktlösung durch Dialog – ein Grundprinzip des BetrVG	66
5.	Mitwirkungs- und Beratungsrechte	67
6.	Vereinbarkeit mit Grundprinzipien der Rechtsordnung	68
7.	Entstehungsgeschichte des § 37 BetrVG 1972	71
II.	Diskussion des Prinzips intellektueller Waffengleichheit in Rechtsprechung und Literatur	71
1.	Rezeption in der Rechtsprechung	71
2.	Rezeption in der Literatur	75
III.	Strukturelle Erfordernisse für die Herstellung intellektueller Waffengleichheit	81
1.	Kompensation von Qualifikationsunterschieden.....	82
2.	Fortbildung des Managements	84
3.	Betriebsrätearbeit und Strukturwandel	87
4.	Betriebsrätearbeit im Zuge neuer Managementkonzepte	89
5.	Interessenmanagement in der Betriebsrätearbeit.....	92

§ 3: Konsequenzen für die Inhalte von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach § 37 Abs. 6 und 7 BetrVG

I.	Die grundsätzliche Abgrenzung von Abs. 6 und Abs. 7.....	95
II.	Konkretisierung der Bildungsinhalte	99
1.	»Stoffplan« zu § 37 Abs. 6 BetrVG	99
2.	»Stoffplan« zu § 37 Abs. 7 BetrVG	106
III.	»Erforderliche« Themen nach der BAG-Rechtsprechung zu § 37 Abs. 6 BetrVG	108
1.	Bedeutung für aktuelle oder künftige Probleme im Betrieb	109
2.	Beweis des ersten Anscheins zugunsten der Betriebsbezogenheit	110
3.	Vorkenntnisse der Betriebsratsmitglieder	112
4.	Teilweise Erforderlichkeit.....	114

IV. »Geeignete« Themen nach der BAG-Rechtsprechung zu § 37 Abs. 7 BetrVG	115
---	-----

§ 4: Probleme der organisatorischen Durchführung

I. Die Dauer der Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	118
1. Schulungsdauer im Fall des § 37 Abs. 6 BetrVG	118
2. Schulungsdauer im Fall des § 37 Abs. 7 BetrVG	122
a) Bei regelmäßiger Amtszeit	122
b) Für neue und nachrückende Betriebsratsmitglieder	123
c) Bei unregelmäßiger Amtsperiode	124
II. Die zeitliche Lage der Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	126
1. Beachtung »betrieblicher Notwendigkeiten«	126
2. Schulung kurz vor Ende der Amtszeit	127
III. Die Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen	129
IV. Die Auswahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen	132
V. Die Träger von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	134
1. Überblick über den »Bildungsmarkt« für Betriebsräteschulungen	134
2. Verfassungsrechtlicher Schutz der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit?	136
3. Das Wahlrecht des einzelnen Mitglieds	138
VI. Einzelfragen	139
1. Kurse mit »gemischtem« Kreis von Teilnehmern und Teilnehmerinnen	139
2. Benachteiligung wegen Schulungsteilnahme?	140
3. Verhältnis zu den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder	140

§ 5: Der Kreis der Anspruchsberechtigten

I. Betriebsräte und Ersatzmitglieder	142
II. Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung	145
III. Mitglieder des Wahlvorstands	149
IV. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses	151
V. Mitglieder atypischer betrieblicher Vertretungsorgane	153
1. Seebetriebsrat und Bordvertretung	153
2. Tarifliche Vertretungen nach § 117 Abs. 2 BetrVG	154

3. »Andere Vertretungen« im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG.....	155
4. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	155
VI. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.....	156
VII. Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung	157
1. Der Anspruch nach § 26 Abs. 4 SchwbG	157
2. Zulässige Inhalte von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	158
3. Pauschalierte Freistellung der Vertrauensperson entsprechend § 37 Abs. 7 BetrVG?	160
4. Ansprüche auf Lohnfortzahlung, Freizeitausgleich und Aufwendungsersatz	162
5. Verfahrensfragen	163
VIII. Gewerkschaftliche Vertrauensleute	165
IX. Mitglieder des Sprecherausschusses	165

§ 6: Die Ansprüche auf Lohnfortzahlung, Freizeitausgleich und Aufwendungsersatz

I. Lohnfortzahlung	166
II. Der Anspruch auf Freizeitausgleich	168
1. Der Diskussionsstand	168
2. Der Fall des § 37 Abs. 6 BetrVG.....	169
3. Der Fall des § 37 Abs. 7 BetrVG.....	171
III. Der Anspruch auf Gewährung von Aufwendungsersatz im Falle des § 37 Abs. 6 BetrVG.	172
1. Der Grundsatz der Kostentragungspflicht des Arbeitgebers	172
2. Beschränkung der Kostenhöhe durch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	176
a) Entscheidung für die billigere Alternative?	177
b) Einzelfragen: Maßgeblichkeit einer betrieblichen Reisekostenordnung oder Lohnsteuer-Richtlinien? – Anrechnung von Haushalts- und Fahrtkostenersparnis? – Fahrt 1. oder 2. Klasse?	179
(1) Die eigene Lösung	179
(2) Lösung auf der Basis der BAG-Rechtsprechung. ...	182
3. Sonderregelungen für gewerkschaftliche Veranstalter?	185

4. Verpflichtung insbesondere der Gewerkschaften zur Kostenaufschlüsselung?	187
5. Abtretbarkeit der Ansprüche.	191
6. Unfreiwillige Einbußen an Vermögen und Gesundheit	192
7. Tarifausschlußfristen, Verjährung und Ansprüche im Konkurs	193
8. Zinsansprüche	194
IV. Der Anspruch auf Gewährung von Aufwendungsersatz im Falle des § 37 Abs. 7 BetrVG	194
V. Aufwendungsersatz bei Vermittlung »erforderlicher« Kenntnisse in Veranstaltungen nach § 37 Abs. 7 BetrVG	195
VI. Wegfall der Ansprüche bei mißglückten Schulungsversuchen?	196
VII. Besonderheiten bei teilzeitbeschäftigten Betriebsratsmitgliedern	197
1. Die Problematik	197
2. Anspruch auf Freizeitausgleich	198
3. Umfang des Vergütungsanspruchs	201

§ 7: Das Anerkennungsverfahren nach § 37 Abs. 7 BetrVG

I. Die Ausgangssituation.	205
II. Der Antrag auf Anerkennung	205
III. Die zuständige Behörde	206
IV. Die Beratung mit den Verbänden	207
V. Die Prüfungskompetenz der Verwaltungsbehörde.	208
VI. Die Überprüfung der Anerkennung im arbeitsgerichtlichen Beschlußverfahren.	209
VII. Die Antragsbefugnis	211
VIII. Einstweiliger Rechtsschutz	212

§ 8: Fragen der Rechtsdurchsetzung

I. Freistellung für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	214
1. Der Entsendungsbeschluß des Betriebsrats.	214
2. Die Festlegung der zeitlichen Lage der Veranstaltung	218
3. Die Mitteilung an den Arbeitgeber	219
4. Was geschieht, wenn eine dieser Voraussetzungen fehlt? ..	221

II.	Das Verfahren vor der Einigungsstelle	224
III.	Die Entscheidung der Arbeitsgerichte im Falle des § 37 Abs. 6 BetrVG	225
	1. Überprüfung der »Erforderlichkeit« im Beschlußverfahren	225
	2. Die Durchsetzung von Kostenerstattung, Lohnfortzahlung und Freizeitausgleich	227
	3. Die Verfahrensbeteiligten	228
	4. Offizialmaxime und Prüfungskompetenz	230
	5. Rechtsmittel	231
	6. Rechtskraft	231
	7. Zum Erlaß einstweiliger Verfügungen	232
	8. Kosten des Beschlußverfahrens	233
	9. Zwangsvollstreckung	233
IV.	Strafsanktionen bei Behinderung der Schulungsteilnahme? ...	234
V.	Regelung der Schulungsteilnahme durch Betriebs- vereinbarung und Tarifvertrag	234

§ 9: Schulung und Fortbildung von Personalratsmitgliedern

I.	Die Rechtslage nach dem BPersVG 1974	236
	1. Die Freistellung nach § 46 Abs. 6 BPersVG	236
	a) Erforderlichkeit: Gegenstand der Veranstaltung und Auswahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ...	236
	b) Berücksichtigung der Haushaltsmittel	240
	c) Vorrang dienstlicher Belange?	241
	d) Dauer der Teilnahme, Kosten für Fahrt, Unterkunft, Verpflegung	242
	e) Sonstige Berechtigte	243
	2. Die Freistellung nach § 46 Abs. 7 BPersVG	244
II.	Die Rechtslage nach den Personalvertretungsgesetzen der Länder	246
	1. Baden-Württemberg	246
	2. Bayern	247
	3. Berlin	248
	4. Brandenburg	248
	5. Bremen	249
	6. Hamburg	250
	7. Hessen	251
	8. Mecklenburg-Vorpommern	251
	9. Niedersachsen	253

10. Nordrhein-Westfalen.....	254
11. Rheinland-Pfalz.....	254
12. Saarland.....	255
13. Sachsen.....	255
14. Sachsen-Anhalt.....	256
15. Schleswig-Holstein.....	257
16. Thüringen.....	258

§ 10: Anhang

I. Empirischer Hintergrund der Arbeit.....	259
II. Überblick über die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage....	261
1. Zu den Bildungsinhalten.....	262
2. Organisation der Bildungsveranstaltungen.....	263
3. Kostenabrechnung für Veranstaltungen nach § 37 Abs. 6 BetrVG.....	264
4. Probleme im Anerkennungsverfahren nach § 37 Abs. 7 BetrVG.....	265
Stichwortverzeichnis.....	266